

Inhalt:

- Kirchenasyl: Kritik an Scharia-Vergleich reißt nicht ab Kirchen widersprechen de Maizière
- Diakonie-Präsident Lilie: »Bestürzend formales Verständnis des Rechtsstaats«
- Kirchenkreis An der Ruhr Broschüre mit Tipps für ehrenamtliche Helfer in der Flüchtlingsarbeit
- Rekowski beklagt Gewalt gegen Christen auf Sumatra
- Friedensverband (EAK) rügt Rekrutierung Minderjähriger
- Das neue Wunder von Bern Haus der Religionen in der Schweizer Hauptstadt will friedlichen Austausch fördern
- Mehr Angriffe auf Flüchtlingsheime
- Maas: Übergriffe werden wir nicht dulden - Linksfraktion macht »Pegida« verantwortlich
- Grass sorgt sich um neue Art von Krieg
- Rund 250.000 Kindersoldaten weltweit im Einsatz
- Rote Hände als Protest gegen Kindersoldaten
- Rotes Kreuz: Gewalt in Afghanistan nimmt zu
- Pastoren demonstrieren für friedlichen Dialog der Religionen
- Theologieprofessor übt grundsätzliche Kritik an umstrittener Bremer Predigt
- »70 Jahre Kriegsende - 70 Jahre Rechtsradikalismus« Gottesdienst am 8. Mai in Duisburg
- Friedensethischer Studientag Soldaten und Forscher betonen Rolle der Politik in Konflikten
- Neue Ausstellung zum 70. Jahrestag der Zerstörung Dresdens
- „Mut aufbringen – Frieden stiften“ Erklärung der aej Mitgliederversammlung, 20. bis 23. November 2014, in Berlin als pdf im Anhang.

Kirchenasyl: Kritik an Scharia-Vergleich reißt nicht ab Kirchen widersprechen de Maizière

Köln/Frankfurt (epd). Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erntet mit seiner harschen Ablehnung des Kirchenasyls weiter vehementen Widerspruch. Die Evangelische Kirche im Rheinland betonte am Dienstag, Kirchenasyl sei nicht gegen den Rechtsstaat gerichtet, sondern diene ihm. Der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung nannte Äußerungen de Maizières »völlig unangemessen«. Spitzenvertreter der Grünen sprachen von einem Affront gegen Asylsuchende und engagierte Menschen in christlichen Gemeinden. Der sächsische Landesbischof Jochen Bohl sagte, Kirchenasyl sei keine rechtliche, sondern eine menschliche Kategorie. De Maizière, der selbst evangelisch ist, hatte am Sonntag das Kirchenasyl in die Nähe der islamischen Scharia gerückt. Es dürfe als »eine Art Gesetz für Muslime « nicht über deutschen Gesetzen stehen. Ein Sprecher der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bezeichnete den Vergleich als abwegig. Zuvor hatte sich der Minister bereits »prinzipiell und fundamental« gegen das Kirchenasyl gewandt.

Pistorius: Rechtsstaat nicht unfehlbar Der Vizepräsident der rheinischen Kirche, Christoph Pistorius, sagte in Köln, Kirchenasyl finde »innerhalb des geltenden Grundgesetzes und damit auf dem Boden der Verfassung statt«. Der mit dem Kirchenasyl verbundene zivile Ungehorsam diene »dem Menschenrecht, vor staatlichen Eingriffen in die körperliche und seelische Unversehrtheit bewahrt zu bleiben«. Der Rechtsstaat sei nicht unfehlbar. Kirchenasyl eröffne »eine neue Gelegenheit und Chance einer Prüfung, um so gegebenenfalls den Rechtsstaat davor zu bewahren, in einem Grenzfall Unrecht zu tun und seine eigenen Prinzipien zu verletzen«. Pistorius forderte eine Einzelfallprüfung

auch bei Flüchtlingen, für deren Asylverfahren nach der sogenannten Dublin-Regelung ein anderes EU-Land als europäisches Erstaufnahmeland zuständig ist. So komme etwa Italien seiner Verantwortung nicht immer nach. Der evangelische Kirchenpräsident Jung sagte der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (10. Februar), offenbar gehe es de Maizière vor allem darum, beim Thema Einwanderung »Härte zu signalisieren«. Die Kirchen beanspruchten weder ein eigenes Recht noch wollten sie aus staatlichen Verfahren ausscheren. Die Fälle würden vielmehr den Behörden gemeldet und die Flüchtlinge auch nicht versteckt, sagte der Theologe, der Vorsitzende der EKD-Kammer für Migration und Integration ist. Bischof Bohl erklärte, das Kirchenasyl solle als »ultima ratio« (letztes Mittel) einen vorübergehenden Schutz vor Abschiebung bieten. Wenn Kirchengemeinden aus christlicher Überzeugung Menschen einen vorübergehenden Zufluchtsort böten, um im Einzelfall humanitäre Härte zu verhindern, handelten sie grundsätzlich nicht gegen, sondern im Sinne der Rechtsordnung. Allerdings dürfe der Respekt, den der Staat kirchlichen Räumen entgegenbringe, nicht ausgenutzt werden, ergänzte der stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende. In einem gemeinsamen Brief an de Maizière, der dem epd vorliegt, schreiben Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt und der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold, die Haltung des Innenministers widerspreche ihrem Verständnis von Solidarität und Barmherzigkeit als Christenmenschen. Das Kirchenasyl sei keine »Form des Rechtsbruches, das staatliches Handeln konterkarieren würde«. Auch den Scharia-Vergleich wiesen die Grünen-Politiker zurück. Die religionspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Christine Buchholz, warf de Maizière vor, er schüre »neue Vorurteile gegen Flüchtlinge«. Hintergrund der Auseinandersetzung ist die stark gestiegene Zahl der Kirchenasyle in Deutschland. Nach Angaben der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft »Asyl in der Kirche« gibt es gegenwärtig 200 Fälle mit etwa 360 Betroffenen, unter ihnen mehr als hundert Kinder. Beim Kirchenasyl handelt es sich um eine zeitlich befristete Aufnahme von Flüchtlingen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge will die Bedingungen für die Betroffenen verschärfen. Sie sollen für »flüchtig« erklärt werden, obwohl ihr Aufenthaltsort bekannt ist.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr.

8_2015 Seite _2

Diakonie-Präsident Lilie:

»Bestürzend formales Verständnis des Rechtsstaats«

Berlin/Düsseldorf (epd). Diakonie-Präsident Ulrich Lilie hat die Kritik von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Kirchenasyl mit deutlichen Worten zurückgewiesen. Die Kritik des Ministers verrate »ein bestürzend formales Verständnis des Rechtsstaats«, erklärte der frühere Düsseldorfer Superintendent Lilie am Freitag in Berlin. Ein aktives Gemeinwesen lebe nicht nur von Richterrecht und Rechtsordnung, sondern auch von Regulativen der Zivilgesellschaft. De Maizière hatte den Kirchen vorgeworfen, das Kirchenasyl zu missbrauchen und sich über geltendes Recht hinwegzusetzen. Selbstverständlich sei die Kirche kein rechtsfreier Raum, sagte Lilie. »Aber Kirchen sind immer auch Schutzräume für Menschen in besonderen Notlagen gewesen«, ergänzte er. Bundesweit gebe es derzeit rund 200 Fälle von Kirchenasyl mit 359 Betroffenen und einer Anerkennungsquote von mehr als 75 Prozent. »Damit kann von einer Unterwanderung rechtstaatlicher Prinzipien nicht ernsthaft die Rede sein«, sagte der Präsident des evangelischen Wohlfahrtsverbandes.

Kirchenkreis An der Ruhr

Broschüre mit Tipps für ehrenamtliche Helfer in der Flüchtlingsarbeit

Mülheim/Ruhr (epd). Das Flüchtlingsreferat des evangelischen Kirchenkreises An der Ruhr unterstützt die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingsarbeit mit einer neuen Broschüre. Sie enthalte viele praktische Tipps, etwa zu Behördengängen, Sprachkursen, Gesundheitsversorgung oder Schulbesuch, aber auch Hinweise auf die eine oder andere interkulturelle Stolperfalle, wie der Kirchenkreis mitteilte. Denn nicht alles, was gut gemeint sei,

komme auch gut an. Die Broschüre wird über den Kirchenkreis an die Ehrenamtlichen verteilt und ist auch in den evangelischen Gemeindezentren und Einrichtungen und online auf www.kirche-muelheim.de erhältlich. Das Flüchtlingsreferat im Evangelischen Kirchenkreis An der Ruhr berät seit 1980 Flüchtlinge unabhängig, vertraulich, kostenfrei und ohne Ansehen der Religion in Fragen rund um den Aufenthaltsstatus.

Rekowski beklagt Gewalt gegen Christen auf Sumatra

Pematang Siantar/Düsseldorf (epd). Die Evangelische Kirche im Rheinland beklagt eine wachsende Zahl von Übergriffen von Muslimen auf Kirchen auf der indonesischen Insel Sumatra. Es sei kaum nachvollziehbar, wie wenig die indonesische Polizei tue, um die Kirchen zu schützen, sagte der rheinische Präses Manfred Rekowski am Mittwoch in Pematang Siantar. Rekowski, der mit einer Delegation indonesische Partnerkirchen auf Sumatra und Java besucht, sagte: »Die Partnerschaft der rheinischen Kirche mit den Kirchen in Indonesien fordert uns und die Vereinte Evangelische Mission heraus, sich über die deutsche Regierung für die Einhaltung der Menschenrechte in diesem Land einzusetzen.« Ephorus Wellem Simamarta, der Leitende Geistliche der Huria Kristen Batak Protestan, der bedeutendsten Kirche Südostasiens, präsentierte der rheinischen Delegation eine Liste mit 43 aktuell gefährdeten Kirchen. Er berichtete von Steinwürfen, Demonstrationen und Straßenmobs, die sich vor christlichen Gotteshäusern versammelten, von Schüssen in der Kirche und abgebrannten Gebäuden. Einer Familie, die sich taufen lassen wollte, habe er kürzlich davon abgeraten, um sie zu schützen, erklärte Simamarta. Die Drohungen aus der muslimischen Nachbarschaft gegen die Familie seien massiv gewesen. Noch vor 20 Jahren habe er in Deutschland bei Besuchen von dem unproblematischen und guten Verhältnis von Christen und Muslimen in dem überwiegend muslimischen Land berichtet, erklärte Pfarrer Welman P. Tampubolon. Doch nun sei er genau für die Kirchen zuständig, die auf der Gefährdetenliste stehen. Vor allem in Gebieten Sumatras, in denen die Christen eine Minderheit bildeten, seien aggressive Übergriffe alltäglich, beklagte die rheinische Oberkirchenrätin Barbara Rudolph. Auf der Leitungsebene immerhin seien die Religionsführer gut vernetzt und führten einen intensiven Dialog, erklärte Simamarta. Er bekräftigte: »Der Islam ist eine zutiefst friedliche Religion, alle Religionsführer in Indonesien haben Sorge über Auswüchse wie den IS.« epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 8_2015 Seite _3**

Friedensverband rügt Rekrutierung Minderjähriger

Bonn (epd). Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hat die Bundeswehr aufgefordert, auf die Rekrutierung Minderjähriger zu verzichten. »Es muss Schluss damit sein, dass Jugendliche in Deutschland an der Waffe ausgebildet werden«, erklärte der EAK-Vorsitzende Christoph Münchow am Donnerstag in Bonn. Mit Blick auf den Internationalen Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten, der jedes Jahr am 12. Februar begangen wird, fügte er hinzu: »Wenn wir von Kindersoldaten in anderen Ländern sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass sich selbst Deutschland noch immer nicht an die UN-Kinderrechtskonvention hält.« Münchow wies darauf hin, dass im Jahr 2013 mehr als tausend 17-Jährige für den Dienst in der Bundeswehr rekrutiert worden seien. Bereits 16-jährige Mädchen und Jungen würden von der Bundeswehr angeschrieben und Bewerbungen von 16- und 17-Jährigen entgegengenommen. »Das zeigt, dass es sich hier nicht um Einzelfälle handelt, sondern dass vor dem Gesetz Minderjährige offenbar gezielt von der Bundeswehr für den Militärdienst angesprochen werden«, kritisierte der EAK-Vorsitzende. Nach Beobachtung von EAK-Geschäftsführerin Maria Schiffels nimmt die Präsenz der Bundeswehr in Schulen, auf Arbeitsmessen und im Internet zu. Hinzu komme Informationspost an Jugendliche, die Adressdaten erhalte die Bundeswehr von den Einwohnermeldeämtern. Die Jugendlichen könnten einer solchen Adressweitergabe widersprechen oder die Löschung bereits übermittelter Daten verlangen, sagte Schiffels. Viele junge Menschen entscheiden sich nach Einschätzung der EAK nur deshalb für einen Dienst bei der Bundeswehr, weil sie keinen Ausbildungsplatz bekommen haben

oder auf einen Studienplatz warten müssen. Münchow warb dafür, dass sie stattdessen einen zivilen Freiwilligendienst oder einen freiwilligen Friedensdienst leisten.
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 8_2015 Seite _8

Das neue Wunder von Bern Haus der Religionen in der Schweizer Hauptstadt will friedlichen Austausch fördern



Thorarolle im Haus der Religionen. epd-bild / John Zarocostas

Bern (epd). Hammerschläge hallen durch den Saal. Zwei Handwerker arbeiten oben auf der Empore, einer von ihnen befestigt ein goldfarbenes Geländer. Der andere tupft mit einem Pinsel grüne Farbe auf die Decke. In der Mitte des Raumes hängt ein wuchtiger Lüster. »Das hier wird unsere Moschee«, sagt Gerda Hauck, ein Katholikin. »Die Handwerker müssen aber noch einiges tun«, fährt sie mit einem Schmunzeln fort. Gerda Hauck steht dem Verein »Haus der Religionen - Dialog der Kulturen« vor. Der Verein in Bern hat das erste Haus der Religionen in der Schweiz auf die Beine gestellt - es dürfte auch eines der ersten interreligiösen Zentren in ganz Europa sein. »Kommen Sie«, sagt Gerda, »ich zeige Ihnen unser Haus.« Auf 3.400 Meter Fläche haben acht große Religionen ihren Platz gefunden, fünf von ihnen haben eigene Kulturräume errichtet: Hindus, Christen, Muslime, Alewiten und Buddhisten. Juden, Sikhs und die Anhänger des Baha'i- Glaubens haben Vitrinen mit typischen Gegenständen ihrer Religionen, wie etwa die Tora. »Unser Kernanliegen ist der Dialog, der Aufbau und das Bewahren von Vertrauen zwischen den Glaubensgemeinschaften«, erläutert Gerda Hauck. Sie stellt aber auch fest: »Wir sind hier keine stille Oase außerhalb des Alltags. Wir sind mittendrin im Leben.« Tatsächlich steht das Haus der Religionen am Europaplatz, einem der verkehrsreichsten Plätze Berns. In dem Gebäude verkaufen Supermärkte ihre Waren, Wohnungen und Büros sind hier untergebracht. Neben dem Haus der Religionen rauschen Eisenbahnzüge zum Berner Bahnhof. Gerda Hauck, eine gebürtige Kölnerin, setzt sich an einen langen, gedeckten Tisch, sie schaut zu Sasikumar Tharmalingam auf. Der Hindu aus Sri Lanka leitet das vegetarische Restaurant »Vanakam« im Haus der Religionen - zugleich ist er Hauptpriester des Hindu-Tempels. Umrahmt von seinen Gästen sagt Sasikumar: »Alle Religionen können hier zusammenleben, das ist ein Wunder. Das ist ein Wunder hier in Bern.« Die Idee zum Haus der Religionen entstand vor mehr als zehn Jahren in der Berner Stadtverwaltung. Man wollte die Integration der vielen Migranten im Stadtteil Bümpliz fördern, ein Forum für das Kennenlernen und den friedlichen Austausch schaffen. Die öffentliche Hand und auch private Spender unterstützen das Projekt, finanziell und ideell. Treibende Kraft war der erste Präsident der Vereins, Hartmut Haas von der Herrnhuter Brüdergemeine. »Es war ein langer Weg und oft schwierig«, sagt er, »aber Mitte Dezember 2014 war es dann soweit.« Seitdem steht das Haus der Religionen für alle Menschen offen. Und die Gäste kommen: Männer, Frauen und Kinder aus der Umgebung, Schülergruppen, Studierende, Menschen aus der ganzen Schweiz ebenso wie Touristen aus Deutschland und anderen Ländern. Die Macher des Hauses müssen sich auch mit den brennenden Problemen beschäftigen - von Antisemitismus bis hin zum islamistischen Terrorismus. »Nach den Terrorattacken in Paris im Januar sagten uns die Leute: Macht doch etwas, macht etwas gegen diese Fanatiker«, erinnert sich Gerda Hauck. »Wir waren natürlich alle tief erschüttert.« Die Anschläge trafen zumal die Muslime im Haus der Religionen. Der Imam der Moschee, Mustafa Memeti, sagte schon vor Jahren klipp und klar: »Der 'heilige Krieg' hat bei uns keinen Platz«. Memeti steht für den toleranten, offenen Islam. Die Zürcher »SonntagsZeitung« kürte ihn 2014 sogar zum

»Schweizer des Jahres« Von der Moschee im Haus der Religionen sind es nur ein paar Schritte zum Gebetsraum der Buddhisten. Eine große goldene Buddhastatue steht am Kopfende, sonst ist die kleine Halle fast leer. »Wir wollen hier im Haus der Religionen auch den innerbuddhistischen Dialog fördern«, erklärt Bhante Anaruddha aus Sri Lanka. Sein orangefarbenes Gewand hüllt ihn ein, er tritt in eine Wohnküche. »Hier können Gäste auch mal übernachten, jeder ist willkommen«, sagt er und winkt einer Frau zu, die mit schnellen Schritten die Treppe hocheilt. Es ist Brigitta Rotach von der jüdischen Gemeinde Zürich. Die TV-Moderatorin leitet das Kulturprogramm im Berner Religionshaus. »Es liegt uns sehr am Herzen, Künstlern der Migrationsbevölkerung einen Ort zu geben«, sagt sie. Die Katholikin Gerda Hauck hört der Jüdin Brigitta Rotach aufmerksam zu. Gerda nickt zustimmend den Kopf. Die Frauen verstehen sich. Auf die Frage, ob es im Haus auch schon zu Reibereien zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Glaubensgemeinschaften gekommen sei, sagt Gerda: »Wir sind natürlich nicht immer einer Meinung. Es ist aber nichts, was mit dem lieben Gott zu tun hat.« *Von Jan Dirk Herbermann (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 8_2015 Seite _11f

Mehr Angriffe auf Flüchtlingsheime Maas: Übergriffe werden wir nicht dulden - Linksfraktion macht »Pegida« verantwortlich

Berlin (epd). Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte hat sich im vergangenen Jahr verdreifacht: Für 2014 zählte die Polizei in Deutschland 150 solcher Attacken. Dies geht aus einer dem epd vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor. Zu den Übergriffen zählen Brand- und Sprengstoffanschläge auf Gebäude ebenso wie tätliche Angriffe auf die Bewohner und volksverhetzende Parolen. Der jüngste Anschlag ereignete sich am 9. Februar in Eschburg bei Hamburg, wo Unbekannte einen Brandsatz in ein hölzernes Zweifamilienhaus warfen, in das sechs Flüchtlinge aus dem Irak einziehen sollten. Verletzt wurde niemand, das Haus ist nun unbewohnbar. Die Staatsanwaltschaft geht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund aus. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) versicherte angesichts der aktuellen Zahlen, die Bundesregierung werde Übergriffen und Stimmungsmache gegen Ausländer entschlossen entgegentreten. »Gewalt gegen Flüchtlinge werden wir nicht dulden«, erklärte der Minister am Dienstag in Berlin: »Solche Taten sind feige und abscheulich. Die Täter werden konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates verfolgt.« Deutschland dürfe kein Platz für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sein. Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, machte die fremdenfeindlichen »Pegida«- Proteste für den Anstieg der Delikte verantwortlich. »Die rechten Wutbürger haben eine Stimmung geschaffen, durch die sich Neonazis ermuntert fühlen, Hakenkreuze zu schmieren und Brandanschläge zu verüben«, sagte sie am Dienstag in Berlin auf epd-Nachfrage. Ähnlich beurteilten dies Beobachter der rechtsextremen Szene wie die Vorsitzende der Amadeu-Antonio- Stiftung, Anetta Kahane. Für Sachsen sei der Zusammenhang zwischen der Beteiligung an »Pegida« und den Angriffen nachweisbar, sagte Kahane dem Berliner »Tagesspiegel« (Dienstagsausgabe). Dem Bericht der Zeitung zufolge hatte sich die Zahl der Übergriffe schon 2013 mehr als verdoppelt: 2012 waren 24 Angriffe gezählt worden, im Jahr darauf 58. Für die ersten drei Quartale 2014 wurden jeweils 32 (Januar bis März), 22 (April bis Juni) und 29 (Juli bis September) Delikte erfasst. Zwischen Oktober und Dezember sprang die Zahl dann auf 67. Jelpke kritisierte die Bundesregierung zudem scharf für einen nach ihrer Ansicht »laxen« Umgang mit rechter Gewalt. Die Regierungsangaben seien offensichtlich unvollständig und daher mit Vorsicht zu genießen, erklärte sie mit Hinweis auf einen nicht erfassten Brandanschlag in Vorra im Dezember. Auch sei erschreckend, dass die asylfeindlichen Kundgebungen »kleingerechnet« würden, da nur von einschlägig Rechten angemeldete Proteste verzeichnet würden, die zahlreichen »Pegida«- Demos sowie Proteste in Berliner Stadtteilen Marzahn und Köpenick aber nicht in der Statistik auftauchten. Diese Fixierung »verstellt den Blick auf das tatsächliche Ausmaß der rassistischen Mobilisierung«, sagte die Innenpolitikerin.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 8_2015 Seite _13

Grass sorgt sich um neue Art von Krieg

Bielefeld (epd). Literaturnobelpreisträger Günter Grass hat sich besorgt über die weltweiten Konflikte geäußert. Er frage sich manchmal, ob nicht bereits ein dritter Weltkrieg begonnen habe, »auf eine ganz andere Art, als wir es vom Ersten und Zweiten Weltkrieg her kennen«, sagte er der in Bielefeld erscheinenden »Neuen Westfälischen« (16. Februar). Es seien »neue Kampfformen« entwickelt worden: »Allein über das Internet können heute Systeme blockiert und Wirtschaftskriege geführt werden.« Das laufe parallel zu den klassischen kriegerischen Konflikten etwa in der Ukraine und in Syrien ab, sagte der 87-jährige Schriftsteller. Es sei »eine unüberschaubare Lage entstanden, die mich sehr sorgenvoll stimmt«. Grass kritisierte, dass der Handlungsspielraum der Politik immer weiter verkleinert worden sei: »Immer mehr Macht geht von Banken und Lobbygruppen aus, dadurch verkommen die demokratisch gewählten Parlamente zu Spielstätten ökonomischer Interessen.« Das mache es für Politiker deutlich schwieriger und führe auch zu geringen Wahlbeteiligungen und Zulauf für Gruppen wie die islamfeindliche »Pegida«-Bewegung. In der aktuellen Situation vermisst Grass eine friedensstiftende Kraft in Europa, die die weltweiten Konflikte lösen helfen könnte. »Es gab eine Zeit, in der mit Olof Palme in Schweden, Willy Brandt in Deutschland und Bruno Kreisky in Österreich drei Politiker in Europa gewirkt haben, die wirklich staatsmännisch handelten«, sagte er. »Staatsmänner von diesem Format fehlen uns heute.« epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 8_2015 Seite _29

Rund 250.000 Kindersoldaten weltweit im Einsatz



Kämpfer einer Islamischen Miliz in Somalia. epd-bild / Bettina Ruehl

Berlin (epd). Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten fordert die Bundesregierung auf, keine Waffen in Konfliktländer und in Länder zu exportieren, in denen Kinder als Soldaten eingesetzt werden. Zum diesjährigen internationalen »Red Hand Day« gegen den Einsatz von Kindersoldaten kritisierte das Bündnis von Hilfswerken am 12. Februar, Deutschland missachte weiterhin entsprechende Empfehlungen der Vereinten Nationen. »Kinder sterben durch Waffen aus deutschen Exporten und müssen mit deutschen Waffen kämpfen«, sagte der Kinderrechtsexperte von terre des hommes und Sprecher des Bündnisses, Ralf Willinger, in Berlin. Besonders problematisch seien Kleinwaffen, durch die 90 Prozent aller zivilen Opfer umkämen. Deutschland sei der zweitgrößte Exporteur solcher, auch von Kindern leicht zu bedienender Waffen, mit denen die Konfliktregionen geradezu »überflutet« würden, sagte Willinger. Nach der Kalaschnikow sei das G 3 von Heckler & Koch mit zehn Millionen Exemplaren das am weitesten verbreitete Sturmgewehr auf der Welt. Nach einem aktuellen Bericht des UN-Sicherheitsrats werden in 15 Ländern Kindersoldaten eingesetzt. In sieben Ländern rekrutieren danach auch staatliche Armeen und Regierungstruppen Minderjährige. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) erklärte, es seien so viele Kinder von bewaffneten Konflikten betroffen wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. In Syrien und dem Irak werben den Angaben zufolge die Terrormiliz »Islamischer Staat« und andere Gruppen gezielt Minderjährige an. In

den Bürgerkriegen im Südsudan und in der Zentralafrikanischen Republik seien 2014 schätzungsweise 22.000 Kinder und Jugendliche im Einsatz gewesen. Zu dem Deutschen Bündnis Kindersoldaten haben sich unter anderem das Kinderhilfswerk terre des hommes sowie Kindernothilfe, Amnesty International, Unicef, Lutherischer Weltbund und missio zusammengeschlossen. Mit dem »Red Hand Day« am 12. Februar machen sie seit 13 Jahren auf das Schicksal der weltweit geschätzt rund 250.000 Kindersoldaten aufmerksam. Der rote Handabdruck ist ihr Symbol. Am 12. Februar 2002 ist das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention in Kraft getreten, das Kinder unter 18 Jahren vor Krieg und Gewalt schützen soll. Es wurde mittlerweile von 159 Staaten unterzeichnet. Dennoch werden weltweit Jungen und Mädchen von bewaffneten Gruppen als Kämpfer, Sexsklaven, Köche oder Spione rekrutiert. Die Menschenrechtsbeauftragte der Unionsfraktion im Bundestag, Erika Steinbach (CDU), erklärte, Kinder als Soldaten zu missbrauchen sei ein Kriegsverbrechen, das systematisch dokumentiert und für das die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssten.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 8_2015 Seite _47

<http://www.derwesten.de/staedte/hemer/rote-haende-als-protest-gegen-kindersoldaten-id10339910.html>

Rote Hände als Protest gegen Kindersoldaten

12.02.2015 | 16:23 Uhr



In der Pause sammelten die Schüler rote Handabdrücke mit Protesten wie „Keine Waffen in Kinderhände“ oder „Kinder sind keine Soldaten“. Auch Schulleiter Ulrich Vielhauer, Pfr. Bernhard Laß, Dozent am PI-Villigst und MdB Dagmar Freitag Foto: Ralf Engel

Hemer. Blutrot sind die Hände, und die Farbe hat Spuren hinterlassen: Hunderte Handabdrücke von Schülern und Lehrern des Woeste-Gymnasiums sind auf dem Weg in die Bundeshauptstadt. Prominenter Postbote ist die Bundestagsabgeordnete Dagmar Freitag, die am gestrigen „Red Hand Day“ an der Schule zu Gast war und sich dadurch dem bundesweiten Protest gegen Kindersoldaten anschloss.

Schülerinnen und Schüler engagieren sich

Im Religionsunterricht von Natascha Kreft wurde das Thema Kindersoldaten als erstes angesprochen. Die Lehrerin absolviert zurzeit eine Fortbildung der Evangelischen Kirche zur Friedensbildung an Schulen. Themen wie Friedensethik und Internationale Konflikte werden in diesem Rahmen besprochen.

Ihrer neunten Klasse zeigte sie im Unterricht zwei Filmausschnitte mit Berichten von ehemaligen Kindersoldaten, die die Schüler aufgerüttelt haben. „Als ich die Klasse auf den Aktionstag aufmerksam gemacht habe, waren alle sofort Feuer und Flamme und wollten sich engagieren“, erzählt Natascha Kreft. Im Rahmen eines Unterrichtsprojekts bauten die Schüler Stellwände auf, die

mit verschiedenen Informationen zu Kindersoldaten, Hilfsorganisationen und dem Red Hand Day bestückt wurden.

In den Pausen konnten die Mädchen und Jungen des Gymnasiums sich freiwillig mit ihren Handabdrücken verewigen und dadurch zeigen, dass sie gegen den Einsatz von Kindersoldaten sind. So kamen mehrere Hundert individuelle Protesthandabdrücke zusammen.

Die Bundestagsabgeordnete Dagmar Freitag schloss sich am Donnerstag der Aktion an. „Kinder sind keine Krieger. Niemals!“ schrieb sie auf die Protestnote. Sie unterstützt das Projekt und berichtete, dass auch in Berlin rote Handabdrücke gesammelt wurden. Den Protest fasste der Neuntklässler Frederik Uhlenküken zusammen. Mehr als 250.000 Kindersoldaten würden weltweit in verschiedenen Funktionen wie Kämpfer, Spion oder Koch eingesetzt. Teilweise würden die Kinder zu sexuellen Zwecken missbraucht. Der Schüler sprach auch über Deutschland als drittgrößte Rüstungsnation sowie die Waffenexporte in Länder mit Kindersoldaten. Die Aktion am Woeste-Gymnasium solle zeigen, dass die Exporte gestoppt werden müssen, um weiteres Leiden zu verhindern.

Svenja Papke, ebenfalls aus dem Religionskurs von Natascha Kreft, überreichte den Ordner mit den gesammelten roten Handabdrücken an Dagmar Freitag. Die Politikerin bedankte sich für das Engagement der Kinder, betonte aber auch, dass es ein Privileg sei, in einem friedlichen Land aufzuwachsen, was der Krieg in der Ukraine aktuell vor Augen führe. Für die Zukunft wünscht sie sich von den Mädchen und Jungen, dass sie „mitfühlen“, „Flüchtlinge mit offenen Armen aufnehmen“ und so „Frieden stiften“. (Von Nadine Bartzik)

Rotes Kreuz: Gewalt in Afghanistan nimmt zu

Genf (epd). Das Rote Kreuz warnt vor einer Zunahme der Gewalt im Krisenland Afghanistan. Die Bevölkerung leide immer stärker unter großangelegten verheerenden Angriffen, erklärte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) am 9. Februar in Genf. Die Konfliktparteien machten dabei oft keinen Unterschied zwischen feindlichen Kämpfern und Zivilisten. Somit verletzen sie in schwerwiegender Weise das humanitäre Völkerrecht, unterstrich das IKRK. Ende Dezember hatte die Nato ihre Kampfmission am Hindukusch beendet. Die afghanischen Streitkräfte tragen seitdem die Hauptlast im Kampf gegen die radikalislamische Taliban. Das IKRK zählte im Jahr 2014 einen Anstieg seiner Verwundetentransporte aus den Gefechtszonen in Krankenhäuser und Lazarette um 37 Prozent im Vergleich zu 2013. Die Helfer hätten 2014 mehr als doppelt so viele tote Kämpfer in den Gefechtszonen geborgen wie im Jahr zuvor. Aufgrund schwerer Gefechte sei es für viele Zivilisten unmöglich, Krankenhäuser und Gesundheitsstationen zu erreichen. Zudem beklagte das Rote Kreuz, dass die internationalen Zuwendungen für die humanitäre Hilfe in Afghanistan zurückgingen. Afghanistan ist der drittteuerste Hilfseinsatz für das IKRK, im laufenden Jahr will die Organisation rund 77 Millionen Euro für die humanitären Operationen aufbringen. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 8_2015 Seite_49](#)

Pastoren demonstrieren für friedlichen Dialog der Religionen Theologieprofessor übt grundsätzliche Kritik an umstrittener Bremer Predigt

Bremen (epd). Im Talar haben am 4. Februar auf den Treppen des Bremer St.-Petri-Domes Dutzende evangelische Pastoren für einen friedvollen Dialog der Kulturen und Religionen demonstriert. Anlass war die umstrittene Predigt ihres streng konservativen Kollegen Olaf Latzel, der vor gut zwei Wochen in einer Predigt andere Religionen beleidigt hat. Er predigte außerdem, Gott fordere Christen dazu auf, gegenüber anderen Religionen Schnitte zu ziehen. »Das ist klassischer Fundamentalismus«, warnte Pastor Bernd Klingbeil-Jahr, der zu den Initiatoren der Protestaktion gehörte. »Wer Bibeltexte als Schlagwaffe missbraucht, sollte sich nicht bibeltreu nennen«, zitierte Klingbeil-Jahr aus einer Erklärung, die mittlerweile fast 70 Pastoren unterzeichnet haben. Darin heißt es weiter: »Wir

distanzieren uns entschieden von Fundamentalismus jedweder Art - und von allen Versuchen, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Antisemitismus oder rassistisches Gedankengut mit vorgeblich biblischem Glauben zu bemänteln.« In einer anschließenden Andacht im Dom sagte der Bremer Pastor Hans-Jürgen Jung, Jesus Christus stehe für Vielfalt und sei »der Anti-Fundamentalist par excellence«. Latzel hatte in seiner Predigt in der Bremer St.-Martini- Gemeinde über einen Text aus dem Alten Testament (Richter 6, Vers 25 bis 32) geredet. Er betonte, für Christen gebe es nur einen Gott, Gemeinsamkeiten mit dem Islam existierten nicht. Zu Götzen und anderen Göttern sage Gott »umhauen, verbrennen, hacken, Schnitte ziehen«. Wer sich einen harten Text auswähle und behaupte, das sei unmittelbar Gottes Wort für uns heute, »kann mit der Bibel alles machen«, sagte der Bielefelder Theologieprofessor Frank Crüsemann dem epd. »Wer Menschen im Namen des Koran enthauptet, geht - methodisch gesehen - nicht viel anders vor.« Gott als eine einzige Größe sei eine Kernbotschaft des Alten Testaments, die aber auch bedeute, dass Gott nicht ausschließlich den Rechtgläubigen gehöre. Nach Auffassung des Islambeauftragten Wolfgang Reinbold geht die Warnung Latzels vor einer Vermischung der Religionen ins Leere. »Niemand will die Religionen vermischen und eine Art Superreligion konstruieren. Die entscheidende Frage ist, ob wir den Dialog mit Muslimen suchen oder ihn ablehnen und statt dessen Polemiken von uns geben wollen«, sagte der Experte der hannoverschen Landeskirche. Es müsse darum gehen, das Gemeinsame in den Religionen zu suchen und das Trennende im gegenseitigen Respekt zu benennen. Unterdessen haben sich Mitglieder der Kirchenleitung der Bremischen Evangelischen Kirche für die beleidigenden Worte des Pastors entschuldigt. Im Internet erfährt Latzel dagegen große Unterstützung von evangelischkonservativen Christen, die eine Aktion »Solidarität mit Olaf Latzel« gestartet haben. Mit einer Petition sammeln sie Unterschriften, die an die Bremer Staatsanwaltschaft übergeben werden soll. Die Ermittlungsbehörde prüft, ob die Predigt Latzels den Anfangsverdacht einer Straftat wie Volksverhetzung oder Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft erfüllt. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 7_2015 Seite _7](#)

»70 Jahre Kriegsende - 70 Jahre Rechtsradikalismus« Gottesdienst am 8. Mai in Duisburg

Duisburg (epd). Der evangelische Kirchenkreis Duisburg und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) werden am 8. Mai zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs zu einem Gottesdienst einladen. Die Idee zu dem Gottesdienst in der Salvatorkirche sei am 2. Februar beim interkulturellen Gespräch im Rathaus der Reviermetropole vereinbart worden, sagte Superintendent Armin Schneider dem Evangelischen Pressedienst (epd). Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Organisationen und Multiplikatoren der Stadtgesellschaft waren der Einladung des Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage und des Duisburger Oberbürgermeisters Sören Link (SPD) gefolgt. Der Gottesdienst am 8. Mai solle angesichts der Auseinandersetzungen um »Pegida« und ihre teilweise rechtslastigen Ableger unter dem Motto 70 Jahre Kriegsende, 70 Jahre Rechtsradikalismus stehen, sagte Schneider, der auch Vorsitzender des Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage in Duisburg ist. Der VVN plant zudem eine Ausstellung zu diesem Thema. Im Rathaus waren Vertreter von Organisationen und Verbänden sowie der großen christlichen Kirchen und religiösen Vereinigungen zu dem interkulturellen Gespräch zusammengekommen. »Wir lassen uns nicht sklavisch montags um 18 Uhr auf die Straße treiben«, erklärte Link den Verzicht auf eine erneute Großkundgebung gegen Intoleranz und Fremdenhass. Die Menschen in der Stadt, die aus insgesamt 140 Nationen stammen, lebten im Alltag tagtäglich Demokratie, Toleranz und Miteinander. Auf Anregung des Stadtsportbundes Duisburg soll es in der Revierstadt ein Fußballturnier für Flüchtlinge und Migranten geben. In Neumühl und Hamborn haben Jugendeinrichtungen ihre Demokratie-Förderung verstärkt. In Rheinhausen will der Sozialverband VdK künftig Migranten stärker einbinden. Wiederum in Neumühl wurden Hausbesuche bei Bürgern gemacht, die möglicherweise rechten Parolen auf den Leim gehen könnten. Im Hafen werden Schiffsbesatzungen aus aller Welt betreut. Der Stadtsportbund will Übungsleiterlehrgänge für Migranten anbieten. Neun Sportvereine haben sich bereits angeboten, künftige Flüchtlinge zu betreuen. Bei der Awo ist ein Musikprojekt »Unsere Stimme gegen Rassismus« beheimatet. Das Büro des Landtagsabgeordneten Rainer Bischoff (SPD)

will diese und weitere Aktionen sammeln, koordinieren und veröffentlichen. Die Teilnehmer der Abendveranstaltung im Rathaus verabschiedeten zudem eine Duisburger Erklärung. Darin heißt es: »Wenn wir auch morgen in einer friedlichen, offenen und demokratischen Gesellschaft leben wollen, müssen wir uns heute gegen alle Angriffe wehren, die unsere Gesellschaft spalten wollen. Wir sind Duisburg - 365 Tage im Jahr.« epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 7_2015 Seite _10](#)

Friedensethischer Studientag Soldaten und Forscher betonen Rolle der Politik in Konflikten

Koblenz (epd). Bundeswehrvertreter und Friedensforscher haben die Verantwortung der Politik in bewaffneten Konflikten hervorgehoben. Der Afghanistan-Einsatz habe die begrenzten Möglichkeiten des Militärs zur Friedensschaffung gezeigt, sagte der Konfliktforscher Berthold Meyer am 3. Februar beim friedensethischen Studientag der evangelischen Akademie im Rheinland in Koblenz. Auch der sogenannte Islamische Staat könne nicht allein mit Bomben bekämpft werden. Vielmehr seien politische Lösungen wichtig, erklärte er. Bundestagsabgeordnete sollen laut Meyer bei Entscheidungen über Militärmissionen nicht nur an mögliche deutsche Opfer, sondern auch an die Zivilbevölkerung vor Ort denken. Hinzu komme, dass bewaffnete Gegner häufig nicht von Zivilisten zu unterscheiden seien, erklärte der Konfliktforscher. Deswegen sei es wichtig, dass die Soldaten vor Ort wüssten, wie sie Opfer unter der Zivilbevölkerung möglichst ausschließen. Generalmajor Jürgen Weigt betonte, dass Soldaten ihr Handeln vor ihrem Gewissen rechtfertigen müssten. »Jeder, der diesen Beruf ergreift, muss sich im Klaren sein, dass er in Spannungsfelder kommt«, sagte der Kommandeur des Zentrums für innere Führung der Bundeswehr in Koblenz. Des Weiteren müssen Politik und Bundeswehr dem Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Oberstleutnant André Wüstner, zufolge mit immer neuen Einsatzszenarien rechnen. Ein Einsatz wie im westafrikanischen Ebola-Gebiet stelle eine völlig neue Herausforderung dar, erklärte er. Vor eineinhalb Jahren sei es wiederum noch undenkbar gewesen, bewaffnete Kräfte wie die nordirakischen Peschmerga zu unterstützen. epd-

Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 7_2015 Seite _23](#)

Neue Ausstellung zum 70. Jahrestag der Zerstörung Dresdens

Dresden (epd). Kurt Vonneguts literarisches Denkmal »Schlachthof 5« hat der neuen Ausstellung im Militärhistorischen Museum in Dresden den Namen gegeben: Seit dem 6. Februar stellt das Museum unter dem Romantitel des US-Amerikaners literarische Zeugnisse rund um den 13. Februar 1945 vor, Tag der Zerstörung Dresdens durch die Luftangriffe der Alliierten. Mit den Dokumenten sowie Fotografien und Kunstwerken werde vermittelt, »wie kompliziert Leben im Krieg sein kann«, sagte Kurator Ansgar Sneathlage. Die Bombenangriffe auf Dresden würden zudem in einen europäischen Kontext gestellt, hieß es. Die Elbestadt sei eine von vielen Städten in Deutschland und Europa, die Kriegsoffer zu beklagen hatte. In Dresden kamen bei den Bombenangriffen zwischen dem 13. und 15. Februar 1945 rund 25.000 Menschen ums Leben. Die Ausstellung zeige eine Vielfalt von Perspektiven mit teils erstmals präsentierten Exponaten, darunter von Erich Kästner, Martin Walser und Durs Grünbein. Insgesamt werden zwölf Autoren und ihre Werke vorgestellt. Auch das Libretto des Zyklus »Wie liegt die Stadt so wüst« des Dresdner Komponisten und Kreuzkantors Rudolf Mauersberger wird in der Ausstellung thematisiert. Mauersberger hatte es unter dem Eindruck des Todes von elf Kreuzianern und der Zerstörung der Stadt in nur 24 Stunden geschrieben. Das Werk wurde im August 1945 unter seiner Leitung in der Ruine der Kreuzkirche aufgeführt. Der Schriftsteller Kurt Vonnegut (1922-2007) erlebte als junger Kriegsgefangener die Bombardierung Dresdens in einem Nebengebäude des Neuen Schlachthofes, dem heutigen Messegelände. In dem Roman »Schlachthof 5« verarbeitete er seine traumatischen Erlebnisse. Sein Buch prägte das Bild Dresdens in der englischsprachigen Welt. In den USA sei es längst zur Schullektüre geworden, sagte Sneathlage. Das Dresdner Museum der Bundeswehr hatte 2012 begonnen, jeweils rund um den Gedenktag am 13. Februar eine eigene Sonderausstellung zu präsentieren. Nach der Dokumentation »Schuhe der

Toten - Dresden und die Shoa« 2014 steht in diesem Jahr die Bombardierung selbst im Fokus. Am 13. Februar jährt sich die Zerstörung Dresdens zum 70. Mal. Zur Eröffnung der Ausstellung mit dem Titel »Schlachthof 5 - Dresdens Zerstörung in literarischen Zeugnissen« am Donnerstagabend sollte der Dresdner Kreuzchor singen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 7_2015 Seite _44

„Mut aufbringen – Frieden stiften“

Erklärung der aej Mitgliederversammlung, 20. bis 23. November **2014**, in Berlin als pdf im Anhang.